

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jürgen Klimke, Dagmar Wöhl, Karl-Josef Laumann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/3746 –**

Wirtschaftliche Zukunft des Königsberger Gebietes nach der EU-Osterweiterung

Vorbemerkung der Fragesteller

Nach der Erweiterung der Europäischen Union (EU) ist die Exklave Kaliningrad, nachfolgend „Königsberger Gebiet“ genannt, ganz von EU-Territorium umschlossen. Nicht nur die bisher strittigen Fragen über den Transit zwischen dem russischen Kernland und seiner Exklave, die letztmalig auf dem EU-Russland-Gipfel im Mai dieses Jahres diskutiert wurden, erhalten so eine neue Bedeutung.

Das lange Zeit als militärische Sperrzone isolierte Gebiet wurde nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg für Ausländer geöffnet. Insbesondere viele Deutsche, die vor dem Krieg in der Stadt und Region gewohnt haben, nutzen seitdem die Möglichkeit des Wiedersehens mit ihrer alten Heimat. Dieser „Erinnerungstourismus“ wurde zu einer der Haupteinnahmequellen der Stadt und Region Königsberg. So konnte beispielsweise der auch mit deutschen Geldern restaurierte Königsberger Dom 1998 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Jedoch geht der Aufbau der zerstörten Stadt sowie der Gesamtregion nur zaghafte voran. Das Königsberger Gebiet zählt zu den Problemregionen der EU-Ostanrainer. Die russische Regierung wies die „Oblast Kaliningrad“ in den 90er-Jahren zwar als Sonderwirtschaftszone mit verschiedenen Zollvergünstigungen aus, nach einem Bericht des Europäischen Parlaments wurden dort bis zum Jahr 2000 aber nur 70 Mio. Dollar investiert. Durch die Erweiterung der EU könnte das Königsberger Gebiet zur Brücke zwischen Europa und Russland werden.

Die 750-Jahr-Feier der Stadt Königsberg im Jahr 2005 wird das Königsberger Gebiet, seine Probleme und die Lösungsansätze Deutschlands sowie der EU verstärkt ins Licht der Öffentlichkeit rücken.

1. Wie viele deutsche Unternehmen sind nach Information der Bundesregierung im Königsberger Gebiet tätig?

Nach Angaben der Administration des Kaliningrader Gebietes gibt es 350 Unternehmen mit deutschen Kapitalanteilen im Kaliningrader Gebiet. Bei der Delegation der deutschen Wirtschaft – Außenstelle Kaliningrad – sind 70 deutsche Unternehmen registriert. Der IHK zufolge sind schätzungsweise 150 Firmen mit deutschem Kapital im Kaliningrader Gebiet tätig.

2. Wie viele Arbeitsplätze haben die im Königsberger Gebiet ansässigen deutschen Unternehmen geschaffen und welchen Umsatz generieren sie dort?

Die Bundesregierung verfügt hierzu über keine gesicherten Erkenntnisse.

3. Wie viele bundesdeutsche Kammervertretungen, Interessenvertretungen und Landesvertretungen sind im Königsberger Gebiet ansässig?

Im Kaliningrader Gebiet arbeitet eine Vertretung der Handelskammer Hamburg, die gleichzeitig als Außenstelle der Delegation der deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation fungiert. Außerdem gibt es das Hanse-Büro, das die Interessen des Landes Schleswig-Holstein vertritt. Darüber hinaus sind eine Vielzahl von humanitären, kirchlichen und kulturellen Organisationen im Kaliningrader Gebiet tätig.

4. Über welche Informationen bezüglich gegebenenfalls bestehender Besonderheiten, die Vertreter bundesdeutscher Interessenvertretungen vor Ort beachten müssen, verfügt die Bundesregierung?

Das Gebiet Kaliningrad ist Teil der Russischen Föderation. Für Reisen nach Kaliningrad gelten dieselben Formalien und Empfehlungen wie für andere Landesteile. Die Bundesregierung verweist hierzu auf die Länderinformation zur Russischen Föderation, die auf der Internetseite des Auswärtigen Amtes (AA) eingestellt ist. Bis auf die geographische Lage als Exklave und damit verbundene Umstände in Bezug auf die Ein- und Ausreise bestehen keine Besonderheiten im Kaliningrader Gebiet.

5. Mit welchem finanziellen Aufwand unterstützt die Bundesregierung welche einzelnen Projekte im Königsberger Gebiet?

Als Teil der Russischen Föderation hat das Kaliningrader Gebiet in einem nicht individuell bezifferbaren Umfang an den Leistungen der Bundesregierung zur Unterstützung des Reformprozesses in Russland partizipiert. In der Zeit von 1990 bis 2003 hat die Bundesregierung hierfür insgesamt Mittel in Höhe von 76,2 Mrd. Euro erbracht. Dies betrifft Leistungen u. a. für Truppenabzug, humanitäre Hilfe, Förderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung (z. B. TRANSFORM-Programm der Bundesregierung und bilaterale Folgeprogramme einzelner Ressorts) und andere unentgeltliche Leistungen sowie Kredite, Kreditgarantien, Kapitalanlagegarantien sowie den deutschen Anteil an den Krediten der EBWE.

Darüber hinaus sind in das Gebiet Kaliningrad – wie in andere Regionen der Russischen Föderation auch – besondere Hilfsleistungen geflossen. In Projekte, die im Rahmen der Förderung der deutschen Sprache und der kulturellen Förderung der Deutschen Minderheit in Russland gefördert werden, ist auch das

Gebiet Kaliningrad einbezogen. Bei dieser Förderung handelt es sich um Globalzuweisungen an die zuständigen Mittlerorganisationen, die in eigener Verantwortung eine Vielzahl von Projekten fördern.

In Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderung der deutschen Sprache in Russland (z. B. Lehrmittelspenden und Multiplikatorenfortbildung) ist das Gebiet Kaliningrad ebenfalls einbezogen. Seit 1997 bzw. 1999 werden zwei Schulen mit erweitertem Deutschunterricht gefördert. Im Rahmen der akademischen Zusammenarbeit mit Russland fördert das AA über den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) den wissenschaftlichen Austausch mit dem Gebiet und der Stadt Kaliningrad. Dazu zählen u. a. die Germanistische Institutspartnerschaft der Universität Kiel mit der Kaliningrader Staatlichen Universität (KSU), das Alexander-Herzen-Projekt der Universität Jena mit der KSU zum Aufbau des Studiengangs „Internationale Beziehungen und Europastudien“, fünf Hochschulpartnerschaften (Universität Göttingen – KSU, Universität Kiel – KSU, Universität Greifswald – KSU, Hochschule Bremerhaven – Kaliningrader TU (KTU), Hochschule Wismar – KTU) sowie die Entsendung von Lektoren. Seit Februar 1994 besteht in Kaliningrad ein DAAD-Lektorat, das sich vornehmlich der Ausbildung von Germanisten widmet.

Unter dem Dach des Ostseerats fördert das AA – neben Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Polen und Litauen – die Eurofakultät Kaliningrad an der KSU zur Hochschul- und Curriculaentwicklung auf den Gebieten Rechts- und Wirtschaftswissenschaften.

6. Welche Ergebnisse über die wirtschaftliche Zukunft des Königsberger Gebietes haben die bisherigen bilateralen deutsch-russischen Gespräche gehabt und welche Perspektive besteht hier aus Sicht der Bundesregierung?

Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen entwickeln sich sehr gut. Sie sind regelmäßig Gegenstand der deutsch-russischen Arbeitsgruppe für Strategische Fragen der Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Finanzbereich (SAG). Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind auch stets ein Schwerpunkt der regelmäßigen deutsch-russischen Regierungskonsultationen. Ein konkretes Ergebnis der Arbeit der SAG ist der Touristikzug Berlin–Kaliningrad–St. Petersburg, dessen erste planmäßige Fahrt für August 2005 geplant ist.

7. Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle wirtschaftliche Situation des Königsberger Gebietes?

Insgesamt liegt das wirtschaftliche Niveau des Gebiets Kaliningrad unterhalb des russischen Durchschnitts. Die aktuelle Lage ist von den Gouverneurs- und Bürgermeisterwahlen 2005 geprägt. Dies führt zu Unsicherheiten bei potentiellen Investoren, insbesondere bei Ausländern. Es gibt groß angelegte Investitionen insbesondere im Immobilienbereich (Bautätigkeit, touristische Infrastruktur an der Küste, Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen). Zu den wichtigsten wirtschaftlichen Kooperationen in der Vergangenheit zählt die Montage für BMW und eines koreanischen PKW-Modells durch die Firma Awtotor. Das Kaliningrader Gebiet ist vor allem im Bereich Lohnveredelung für ausländische Investoren interessant. Im Außenhandel und bei den Direktinvestitionen steht Deutschland nach wie vor auf Platz 1.

8. Inwieweit verfügt die Bundesregierung über Informationen, ob das Königsberger Gebiet ökologisch belastet ist, auf welchen Ursachen dies beruht, in welchem Umfang diese auftreten und ob diese Schäden beseitigt werden?

Eine starke Verunreinigung der Gewässer resultiert aus den nicht oder unzureichend geklärten Einleitungen von kommunalen und Industrieabwässern. Schwerpunkte bilden dabei die mit Chlorbleiche arbeitenden Zellstofffabriken am Njeman sowie die ungenügend gereinigten Abwassereinleitungen von Kaliningrad, Njeman und Sowjetsk. Der Autoverkehr mit etwa 270 000 PKWs verursacht eine erhebliche Luftverschmutzung. Eine weitere Belastung für Boden, Luft und Grundwasser geht von den rund 15 Mio. Tonnen Industrie- und Siedlungsabfällen aus, die auf ungesicherten Deponien lagern. Der Nationalpark Kurische Nehrung läuft Gefahr, durch Vandalismus und Bautätigkeit zerstört zu werden. Größere Investitionen zur Verbesserung der Umweltsituation sind bisher nicht zustande gekommen.

9. Welcher Art und Intensität sind die Umweltschäden im Königsberger Gebiet im Vergleich zu denen der angrenzenden Regionen Polens und Litauens, und wie sind diese zu bewerten?

Die Umweltinfrastruktur ist im Kaliningrader Gebiet in einem wesentlich schlechteren Zustand als in den benachbarten Regionen Polens und Litauens. Die umweltrechtlichen Rahmenbedingungen geben kaum Anreiz zur Sanierung. Das Umweltbewusstsein der Bevölkerung ist wenig ausgeprägt.

10. Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung über die Lagerung von Atommüll im Königsberger Gebiet und aus welcher Quelle stammen die Kenntnisse der Bundesregierung?

Die Bundesregierung verfügt hierüber über keine Kenntnisse.

11. Inwieweit unterstützt die Bundesregierung im Königsberger Gebiet Maßnahmen zur Beseitigung von Umweltschäden bzw. fördert sie den Einsatz umweltschonender Technologien?

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) fördert 2001 bis 2005 Beratungsprojekte im Gesamtwert von 0,8 Mio. Euro zur ökologischen Modernisierung von Zellstofffabriken, zur Störfallvorsorge am Fluss Njeman, zu Konsequenzen der EU-Wasserrahmenrichtlinie, zur Netzwerkbildung von Naturschutzgebieten am Frischen und Kurischen Haff und veranstaltet regelmäßig Seminare zu aktuellen Themen, wie erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) fördert 2001 bis 2005 mit insgesamt 0,9 Mio. Euro den Bau von Pflanzenkläranlagen, die Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft im Rayon Slawsk, den Naturschutz und Tourismus auf der Frischen und Kurischen Nehrung sowie ein Konzept zur Landschaftsplanung für das Gebiet Kaliningrad. Sie finanziert darüber hinaus den Forschungsaufenthalt von Diplomanden und Doktoranden zum Thema Umweltschutz in Deutschland.

12. Welche offizielle Haltung hat bzw. nimmt die EU zum Thema Königsberger Gebiet ein?

Die EU fördert insbesondere die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Kaliningrads als integralen Bestandteil sowohl der Russischen Föderation als auch der Ostsee-Region. Die wichtigsten Ansatzpunkte hierfür sieht die EU in der Förderung privater Investitionen, Erleichterung von Handel, Lösung von Umwelt- und Gesundheitsproblemen sowie grenzüberschreitenden Fragen.

13. Inwieweit unterstützt die EU Projekte auf Königsberger Gebiet; gegebenenfalls um welche Projekte handelt es sich dabei?

Im Rahmen des Technischen Hilfsprogramms der EU für Osteuropa, TACIS, werden bei den Aktionsprogrammen für Russland in wachsendem Maße auch Projekte in Kaliningrad unterstützt. Von 1991 bis 2002 wurden im Kaliningrader Gebiet insgesamt 40 Mio. Euro u. a. in den Bereichen regionale Wirtschaftsentwicklung, Entwicklung des Privatsektors, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Bildung, Bekämpfung von HIV/AIDS und Umweltschutz ausgeben. In den Jahren 2002/2003 beliefen sich die hierfür zur Verfügung gestellten Mittel auf 9 Mio. Euro.

Im Rahmen des TACIS-Indikativprogramms 2004 bis 2006 für Russland wurde für Kaliningrad ein Spezialprogramm mit einem Volumen von 25 Mio. Euro verabschiedet. Die Schwerpunkte des Programms bilden Entwicklung der Verwaltungskapazitäten (vor allem im Hinblick auf Verbesserung der geschäftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen), Verbesserung der Qualität des Gesundheitswesens, Bildung und grenzübergreifende Zusammenarbeit.

14. Wie bewertet die Bundesregierung Überlegungen, eine litauisch-russisch-polnische Euroregion zu schaffen, die geografisch in etwa mit dem historischen Gebiet Ostpreußens übereinstimmt?
15. Wie bewertet die Bundesregierung die Überlegungen, diese Euroregion „Prussia“ zu nennen?

Derartige Überlegungen sind der Bundesregierung nicht bekannt.

16. Welche Informationen besitzt die Bundesregierung über ein möglicherweise auf der Ebene der EU bestehendes Gesamtkonzept „Baltikum/Königsberger Gebiet“ und inwieweit ist die Bundesregierung an einem solchen Konzept beteiligt?

Der Bundesregierung ist ein solches Konzept der EU nicht bekannt.

17. Welche wesentlichen Probleme gibt es bei der Zusammenarbeit zwischen Litauen, Polen und Russland bezogen auf das Königsberger Gebiet?

Für Russland stehen seit der Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 insbesondere Fragen des Gütertransits durch Litauen in das oder aus dem Kaliningrader Gebiet im Vordergrund. Sie sind Gegenstand von Gesprächen zwischen Russland, Litauen und der EU.

Die litauische Regierung befürwortet eine möglichst weitgehende Öffnung des Gebiets Kaliningrad und die Übertragung der Entscheidungsgewalt im wirtschaftlichen Bereich in die Hände der Gebietsverwaltung. Hieran haben litau-

ische Unternehmen, die bereits heute in steigendem Maße im Gebiet Kaliningrad investieren, besonderes Interesse.

Nach Mitteilung des polnischen Außenministeriums bestehen keine grundsätzlichen Probleme der Zusammenarbeit mit Russland zum Gebiet Kaliningrad.

18. Wie stimmt die Bundesregierung ihre „Königsberg-Politik“ mit der litauischen und der polnischen Regierung ab?

Die Abstimmung der Politik der Bundesregierung über das Gebiet Kaliningrad mit Polen und Litauen erfolgt überwiegend im EU-Rahmen. Daneben werden nach Bedarf Einzelaspekte in bilateralen Konsultationen erörtert. Zudem führt die Zusammenarbeit der Ostseeanrainer-Staaten, einschließlich Russlands, im Rahmen des Ostseerates zu intensiver Abstimmung der Regionalpolitiken.

19. Welche Ergebnisse hat der EU-Russland-Gipfel vom 20./21. Mai 2004 zu Fragen des visafreien Transitreisens zwischen dem russischen Kernland und dem Königsberger Gebiet gebracht?

Dieses Thema wurde auf dem letzten EU-Russland-Gipfel am 21. Mai 2004 in Moskau nicht behandelt. Für den Personentransit wurde bereits auf dem EU-Russland-Gipfel im November 2002 eine Lösung gefunden, derzufolge ein Transit mit vereinfachten Reisedokumenten möglich ist. Die Regelung wird seit Juli 2003 zur Zufriedenheit aller Seiten angewandt.

20. Welche Positionen nehmen die EU-Staaten Polen, Litauen, Lettland und Estland, nach Informationen der Bundesregierung, hinsichtlich der Frage des visafreien Transitreisens zwischen dem russischen Kernland und dem Königsberger Gebiet ein und wie bewertet die Bundesregierung diese Informationen?

Das polnische Außenministerium betont, dass Polen kein Transitland sei. Entsprechend den EU-Regelungen gilt Visumpflicht. Das Verfahren sieht auf polnischer Seite zahlreiche Erleichterungen vor, die bis zur gebührenfreien Visaerteilung für russische Bürger gehen. Aus Sicht der litauischen Regierung ist die Frage des visafreien Reiseverkehrs mit der Einführung des Systems des FTD (erleichtertes Reisedokument) und des FRTD (erleichtertes Reisedokument für den Zugverkehr) zur Regelung des Personentransits durch litauisches Territorium gelöst.

In Estland und Lettland gibt es keine öffentlichen Stellungnahmen der Regierungen zu diesem Thema.

21. Inwieweit sind nach Kenntnis der Bundesregierung Informationen zutreffend, wonach die EU die wirtschaftliche Entwicklung des Königsberger Gebiets finanziell unterstützen will?

Und mit welchen Mitteln soll dies im Einzelnen geschehen?

Es wird auf die Antwort auf Frage 13 verwiesen.

22. Welche Bedeutung wird dabei einer Intensivierung der Forschungs-kooperation zugewiesen und durch welche Maßnahmen soll diese Zusammenarbeit mit dem Königsberger Gebiet ausgebaut werden?

Die Europäische Union hat eine sehr gute wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation. Diese steht auch den wissenschaftlichen Einrichtungen des Kaliningrader Gebiets offen.

INTAS (International Association for the Promotion of Cooperation with Scientists from the Independent States of the Former Soviet Union) fördert fünf Projekte mit Wissenschaftlern aus dem Kaliningrader Gebiet. Zwei weitere Projekte werden derzeit geprüft.

23. Wie ist der heutige Stand der Forschungsk Kooperation mit dem Königsberger Gebiet und wie ist der Vergleich zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zu beurteilen?
24. Wie hat sich die jährliche Zahl von Einzelprojekten von deutschen Instituten zur wissenschaftlichen Kooperation seit 1998 entwickelt?
25. Wie viele Personen sind in diesen Projekten beschäftigt und wie hoch ist jeweils das jährliche Budget?

Die Bundesregierung hat keinen vollständigen Überblick über den Stand der Forschungsk Kooperation mit dem Kaliningrader Gebiet, über die jährliche Zahl von Einzelprojekten deutscher wissenschaftlicher Einrichtungen und über die Zahl von Projektbeschäftigten und die Höhe eingesetzter Finanzmittel, da Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen weitgehend selbstständig agieren.

Bis 1998 wurde die Forschungsk Kooperation mit dem Kaliningrader Gebiet gezielt aus dem TRANSFORM-Programm der Bundesregierung unterstützt. Die Zusammenarbeit wird heute im Wesentlichen getragen von Partnerschaften deutscher Hochschulen mit der Staatsuniversität Kaliningrad und der Staatlichen Technischen Universität Kaliningrad (vgl. Antwort auf Frage 5). Des Weiteren bestehen etablierte Beziehungen deutscher Institute der Meeresforschung mit der Atlantischen Abteilung des Schirchow-Instituts für Ozeanologie der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat sich in den vergangenen Jahren im Bereich der Innovationsförderung engagiert und die im Dezember 2002 erfolgte Gründung des Kaliningrader Innovations- und Technologiezentrums begleitet. Als Partnerzentrum des Innovationsparks Berlin-Wuhlheide wird dieses weiter von deutschen Erfahrungen profitieren.

26. Wie bewertet die Bundesregierung Überlegungen, eine Konferenz mit dem Arbeitstitel „Wirtschaftliche Zukunft des Königsberger Gebietes“ mit den Teilnehmerstaaten Russland, Estland, Lettland, Litauen und Polen sowie Vertretern des „Oblast Kaliningrad“ und der Bundesrepublik Deutschland unter Schirmherrschaft der EU durchzuführen?

Derartige Überlegungen sind der Bundesregierung nicht bekannt.

27. Über welche Informationen verfügt die Bundesregierung bezüglich einer gemeinsamen touristischen Erschließung des historischen Gebietes Ostpreußen durch Polen, Litauen und Russland und der damit verbundenen Probleme?

Die Deutsche Bahn AG und die Russischen Eisenbahnen haben die Gründung eines gemeinsamen Unternehmens für Betrieb und Vermarktung eines Touristikzuges Berlin–St. Petersburg beschlossen. Die erste planmäßige Fahrt ist für August 2005 geplant. Ab 2006 soll der Zug im gesamten Sommerhalbjahr verkehren. Bei dieser von Berlin aus startenden einwöchigen Schienenkreuzfahrt sollen Kaliningrad, Riga, Tallinn, Vilnius und St. Petersburg angefahren werden. Darüber hinausgehende Informationen liegen der Bundesregierung nicht vor.

28. Über welche Informationen bezüglich einer touristischen Erschließung des ehemaligen Ostseebades Rauschen (Swetlogorsk) verfügt die Bundesregierung?

Die bereits vorhandene touristische Infrastruktur in Swetlogorsk entspricht der an vergleichbaren Standorten in Russland. Weitere Informationen liegen der Bundesregierung nicht vor.

29. Inwieweit teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass der private Tourismus im Königsberger Gebiet dadurch behindert wird, dass vor jeder Einreise ein Visum und eine Einladung vorliegen muss, und existieren Planungen, diese Verfahren zu vereinfachen?

Nach Informationen der Bundesregierung beabsichtigt die Regierung der Russischen Föderation derzeit nicht, die Visumpflicht für deutsche Staatsangehörige abzuschaffen. Das Gleiche gilt für das Erfordernis einer Einladung.

Die Bundesrepublik Deutschland hat unter Federführung des Bundesministeriums des Innern (BMI) am 10. Dezember 2003 mit der russischen Föderation ein Abkommen über Reiseerleichterungen geschlossen, durch das bei der Visumerteilung für bestimmte Gruppen (Jugendliche, Kulturschaffende, Wissenschaftler, Geschäftsleute) im Rahmen des geltenden Rechts Erleichterungen vorgesehen sind.

30. Inwieweit stellt die extensive militärische Nutzung des Oblast Königsberg ein Hemmnis für eine Entwicklung Königsbergs als Wirtschaftsstandort und besonders für touristische Nutzungen dar?

Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse, dass eine militärische Nutzung der wirtschaftlichen und touristischen Nutzung des Kaliningrader Gebiets entgegenstehen könnte.

31. Wie bewertet die Bundesregierung Überlegungen, der 1966 mit der Schweiz geschlossene Staatsvertrag über die Gemeinde Büsingen (Landkreis Konstanz) könnte als Vorbild für das Königsberger Gebiet dienen?

Der Bundesregierung sind entsprechende Überlegungen nicht bekannt.

32. Inwieweit wird sich die Bundesregierung finanziell oder inhaltlich an der 750-Jahr-Feier der Stadt Königsberg beteiligen?
33. In welchem Umfang wurde die Bundesregierung von der russischen Regierung bzw. von der Gebietskörperschaft vor Ort zur Mitgestaltung der 750-Jahr-Feier der Stadt Königsberg eingeladen?

Präsident Wladimir Putin hatte bei den V. Deutsch-Russischen Regierungskonsultationen am 10. April 2002 in Weimar eine deutsche Beteiligung am Stadtjubiläum in 2005 angeregt. Voraussetzung für einen Beitrag der Bundesregierung wäre eine förmliche Einladung durch die russische Regierung. Diese wurde bisher noch nicht ausgesprochen.

34. Über welche Informationen verfügt die Bundesregierung bezüglich Unterstützungen der 750-Jahr-Feier der Stadt Königsberg durch Nicht-Staatliche-Organisationen oder landsmannschaftliche Gruppen?

Der Bundesregierung ist bekannt, dass es eine enge Zusammenarbeit der Länder Brandenburg, Bremen, Schleswig-Holstein sowie von deutschen Partnerstädten der Stadt Kaliningrad bei der Vorbereitung des Jubiläums gibt. Sie hat darüber hinaus Kenntnis von einzelnen Projektvorschlägen von Privatpersonen, Stiftungen und Organisationen. Einige dieser Projekte werden von der Bundesregierung durch Zuwendungen unterstützt.

35. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Kriminalitätsentwicklung im Königsberger Gebiet, und inwiefern wirkt sich diese auf die Innere Sicherheit der EU-Staaten aus?

Detaillierte eigene Erkenntnisse bzw. Zahlen über die Kriminalitätsentwicklung im Gebiet Kaliningrad liegen der Bundesregierung nicht vor. Aussagen über Auswirkungen auf die Innere Sicherheit der EU-Staaten lassen sich auf dieser Grundlage nicht treffen.

Einem Bericht der für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Gebiet Kaliningrad zuständigen Verwaltung zufolge ist insbesondere in den Jahren 1998 bis 2000 eine Verschärfung hauptsächlich in den Deliktsbereichen Alkohol-/Zigarettenschmuggel und Auftragsmord eingetreten.

36. Wird nach Einschätzung der Bundesregierung durch Kriminalität die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die wirtschaftliche Entwicklung des Königsberger Gebietes beeinträchtigt, und wenn ja, inwiefern?

Durch ein erhöhtes Aufkommen an Kriminalität im Kaliningrader Gebiet können Hindernisse bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der wirtschaftlichen Entwicklung nicht ausgeschlossen werden. Insbesondere die damit einhergehende Rechtsunsicherheit könnte eine positive wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen und zu einer Zurückhaltung bei Investitionen führen.

37. Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung über den Zustand der noch vorhandenen Kulturdenkmäler (Kirchen, Gutshöfe etc.) im Königsberger Gebiet und inwieweit unterstützt sie deren Erhalt?

Vor dem Hintergrund der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands ist die Bundesregierung bestrebt, die Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn besonders zu pflegen. Gerade dort, wo bis heute Kunstdenkmäler von

einer durch die deutsche Kultur geprägten Geschichte zeugen, soll die – oft schwierige – Erinnerung um die Perspektive einer gemeinsamen Zukunft bereichert werden.

Die Bundesregierung hat in den Jahren 1993 bis 2004 über Mittlerorganisationen rund 150 internationale Kooperationen zum Erhalt deutscher Bau- und Kulturdenkmäler von Estland bis Rumänien mit rund 16 Mio. Euro unterstützt, davon 14 im Kaliningrader Gebiet. Im Mittelpunkt standen dabei die Wiederaufbauarbeiten am Königsberger Dom und dem Kant-Mausoleum (1993 bis 1999).

38. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung privaten und landsmannschaftlichen Bemühungen zur Erhaltung der kulturhistorischen Bausubstanz in der Stadt Königsberg und deren Bedeutung für den Tourismus bei und beteiligt sich die Bundesregierung an derartigen Projekten?

Die Bemühungen Dritter zum Erhalt von Kulturdenkmälern werden positiv gesehen, da sich die in der Antwort auf Frage 37 erwähnten internationalen Kooperationen darauf stützen. Darüber hinaus können größere Vorhaben nur dann realisiert werden, wenn neben öffentlichen Mitteln auch Spenden oder Stiftungen in eine Finanzierung einfließen.

39. Inwieweit bestehen Planungen des Goethe-Instituts, sich im Königsberger Gebiet zu engagieren?

Das Goethe-Institut (GI) plant gemeinsam mit dem British Council und ggf. weiteren europäischen Partnern (nordische Länder) die Einrichtung eines Europäischen Kulturinstituts in Kaliningrad. Die Planungen befinden sich noch im Anfangsstadium. Als erste Maßnahme der Kooperation GI – British Council fand Ende März 2004 eine Konferenz für die örtlichen Fremdsprachenlehrer in Kaliningrad statt.

Zudem wird Kaliningrad auch in die Aktivitäten des GI im Rahmen des Deutschen Kulturjahres in Russland 2004 mit mehreren Veranstaltungen vor Ort einbezogen.

40. In welchem Umfang existiert Deutschunterricht in den Schulen des Königsberger Gebietes und unterstützt die Bundesregierung diesen finanziell oder sachlich, wie beispielsweise durch die Entsendung von Deutschlehrern für bestimmte Zeiten vor Ort?

Im Gebiet Kaliningrad lernen derzeit nach Angaben der aktuellen Bildungsstatistik von Kaliningrad 32 479 Schüler Deutsch, davon 13 979 in der Stadt Kaliningrad. Deutsch liegt damit nach Englisch auf dem 2. Platz in der Reihenfolge der Fremdsprachen. Es gibt im Gebiet Kaliningrad 390 Deutschlehrer.

Die Sprachförderung im Gebiet Kaliningrad erfolgt im Wesentlichen über das Goethe-Institut (GI) und die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA). Die ZfA fördert mit derzeit einer Auslandsdienstlehrkraft und einer Bundesprogrammlehrkraft den Deutschunterricht schwerpunktmäßig an zwei Schulen (mit insgesamt 1 780 Deutsch lernenden Schülern) mit dem Ziel, Schüler auf die Teilnahme an der Prüfung zum Deutschen Sprachdiplom, Stufe II, der Kultusministerkonferenz, vorzubereiten. In die Fortbildungsmaßnahmen der Goethe-Institute in St. Petersburg und Moskau sind die Deutschlehrer des Gebiets Kaliningrad regelmäßig eingebunden. Das GI St. Petersburg betreut u. a. ein Lehrerfortbildungsinstitut, zwei Sprachkurskooperationen und ein

Lehrmittelzentrum in Kaliningrad. Darüber hinaus führt das GI Moskau mit der staatlichen Universität Kaliningrad einen Fernstudienkurs zur Aus- und Fortbildung von Deutschlehrern an Schulen und Universitäten durch. Ferner wird die Germanistik-Ausbildung an der Universität Kaliningrad durch einen entsandten DAAD-Lektor unterstützt.

41. Inwieweit verfügt die Bundesregierung über Informationen, ob auf dem Königsberger Gebiet Drogen hergestellt bzw. gewonnen werden?

Wenn ja, wie geht die russische Seite gegen dieses Problem vor und gibt es eine Zusammenarbeit mit Europäischen Behörden bzw. Behörden der angrenzenden Nachbarstaaten?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

42. Über welche Informationen verfügt die Bundesregierung bezüglich des durchschnittlichen Einkommens und der sozialen und gesundheitlichen Situation der Bewohner des Königsberger Gebietes?

Inwieweit ist hier ein Gefälle beim durchschnittlichen Einkommen und der sozialen und gesundheitlichen Situation zwischen den Bewohnern des Königsberger Gebietes und denen der angrenzenden Regionen Polens und Litauens festzustellen?

Nach dem „Human Development Report 2003“ von UNDP über die Russische Föderation liegt Kaliningrad unter 79 ausgewerteten Föderationssubjekten an 58. Stelle. Indikatoren für diese Bewertung sind Einkommen, Lebenserwartung, Umwelt, Bildung und BIP/Person. Im Februar 2004 betrug das Durchschnittseinkommen 3 700 Rubel/Monat (ca. 103 Euro). In der Russischen Föderation konnte ein Durchschnittseinkommen/Monat von 5 350 Rubel (ca. 149 Euro) erzielt werden.

Der Zustand des Gesundheitswesens im Kaliningrader Gebiet liegt unter dem Durchschnitt der Russischen Föderation. Die Lebenserwartung lag hier 2003 bei 63,7 Jahren – in der Russischen Föderation 65,3 Jahre. Bei den offiziell registrierten HIV-infizierten Personen lag das Gebiet Kaliningrad im Januar 2004 an 19. Stelle von 89 russischen Föderationssubjekten. Verbreitet sind Armutserkrankungen wie Tuberkulose. Ein Problem stellt Alkohol- und Drogenmissbrauch dar. Die medizinische Grundversorgung erfolgt nach wie vor durch Polikliniken. Es gibt im Kaliningrader Gebiet keine Form der spezialisierten Fachbehandlung (z. B. Kardiologie, Neurochirurgie). Zwischen dem Universitätsklinikum Vilnius und Kaliningrader Ärzten gibt es traditionelle Verbindungen. Patiententransfer nach Polen gibt es kaum.

Es besteht ein Entwicklungsgefälle zwischen dem Gebiet Kaliningrad und den angrenzenden polnischen und litauischen Gebieten. In Litauen betrug beispielsweise das monatliche Brutto-Durchschnittseinkommen 2004 354 Euro. Die durchschnittliche Lebenserwartung betrug 72,19 Jahre (Frauen 77,85, Männer 66,48).

43. Inwieweit existiert auf dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung im Königsberger Gebiet eine Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland?

Die Zusammenarbeit mit dem Gebiet Kaliningrad findet über die Verwaltung für internationale Beziehungen des Innenministeriums der Russischen Föderation in Moskau statt. Die Verbindungsbeamten des Bundeskriminalamtes in Moskau unterstützen vorwiegend Verfahren des Zollkriminalamtes wegen Zigarettenschmuggels, die das Gebiet Kaliningrad betreffen.

44. Über welche Informationen verfügt die Bundesregierung zum Thema „Korruption“ in der Exklave Königsberg?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine gesicherten Informationen vor. Korruption gilt in der gesamten Russischen Föderation als ein vordringliches Problem, das beispielsweise von Präsident Wladimir Putin in seiner Fernsehansprache am 4. September 2004 offen angesprochen wurde.

45. Inwieweit stimmt die Bundesregierung der These zu, dass die wirtschaftliche und soziale Abkopplung des Königsberger Gebietes von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der EU-Mitgliedstaaten Polen und Litauen einerseits und vom russischen Kernland andererseits zu sozialen und wirtschaftlichen Spannungen vor Ort führen sowie die Kriminalität und den Schmuggel verstärken könnte?

Die Bundesregierung geht davon aus, dass das Gebiet Kaliningrad von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Polens und Litauens im Rahmen von deren EU-Mitgliedschaft profitieren kann.

46. In welchem Umfang unterstützt die Bundesregierung in Königsberg Projekte privater Organisationen?

In Kaliningrad engagiert sich eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen. Nichtregierungsorganisationen und private Initiativen können sich bei auftretenden Schwierigkeiten bei der Durchführung ihrer Projekte an das AA und die deutschen Auslandsvertretungen in der Russischen Föderation (Botschaft Moskau, GK Kaliningrad) wenden. Hinweise zu Hilfsgüterlieferungen enthält ein vom AA im Internet veröffentlichtes Merkblatt „Humanitäre Hilfsgüterlieferungen in die Russische Föderation“.

Das Bundesministerium der Verteidigung unterstützt durch unentgeltliche Materialabgaben aus Bundeswehrbeständen (Sanitätsverbrauchs- oder Liegeschafsmaterial wie z. B. Verbandmaterial, Spritzen, Betten) Organisationen, die soziale Einrichtungen (Kranken- oder Waisenhäuser, Schulen) im Kalininger Gebiet unterstützen.

47. Inwieweit wird nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Wirtschaftstätigkeit der grenzüberschreitend tätigen Unternehmen im Oblast Königsberg durch das bestehende Grenzregime beeinträchtigt?

Die Abfertigung an den Grenzen hat sich verbessert, ist aber bei weitem noch nicht zufrieden stellend. Sie führt nach Kenntnis der Bundesregierung jedoch nicht zu gravierenden Behinderungen.

48. Inwieweit haben sich nach dem Ende 2003 von dem deutschen und dem russischen Innenminister unterzeichneten Abkommen zu Visaangelegenheiten und zum Grenzverkehr die Bedingungen für Organisationen im humanitären Bereich verbessert?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine gesicherten Erkenntnisse vor. Das deutsche Generalkonsulat in Kaliningrad wird noch gelegentlich mit Klagen deutscher Hilfsorganisationen über Kosten und Bearbeitungszeit des russischen Visa-Verfahrens konfrontiert. Es bestehen Probleme bei der Abwicklung von Hilfslieferungen an der Grenze. Im Übrigen wird auf die Antwort auf Frage 46 verwiesen.

49. Welche Schwierigkeiten bestehen für das im Frühjahr 2004 eröffnete Generalkonsulat in Königsberg bei der Aufnahme der für ein Generalkonsulat obligatorischen Aufgaben der Erstellung von Visa und was unternimmt die Bundesregierung, um die bestehenden Probleme zu bewältigen?

Das deutsche Generalkonsulat in Kaliningrad operiert derzeit noch in beengten räumlichen Verhältnissen in provisorischen, für den Visadienst ungeeigneten Hotelräumen. Die Bundesregierung ist intensiv darum bemüht, von den russischen Behörden die notwendige Zustimmung zur Aufnahme des Dienstbetriebs in einer angemessenen, größeren Liegenschaft zu erhalten.

50. Welche Umweltschäden sind aufgrund der jahrzehntelangen extensiven militärischen Nutzung des Oblast Königsberg bekannt?

Die Umweltfolgen der langjährigen militärischen Nutzung konzentrieren sich auf die Umgebung des Militärhafens Baltijsk und beeinträchtigen vor allem die Wasserqualität des Frischen Haffs. Dabei handelt es sich sowohl um militärische Altlasten als auch um aktuelle Ölverschmutzung, verursacht durch die Baltische Flotte. Ein laufendes EU-Projekt beschäftigt sich mit der Erfassung der aktuellen Gewässerdaten und erarbeitet Maßnahmen zum Gewässerschutz im russisch-polnischen Einzugsgebiet des Frischen Haffs.

51. Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über Planungen zum Ausbau der Infrastruktur, besonders über den Flughafen sowie über die Häfen in Königsberg und Pillau?

Konkrete Planungen auf der Grundlage eines infrastrukturellen Gesamtkonzepts sind der Bundesregierung nicht bekannt. Auf russischer Seite bestehen Überlegungen, den Flughafen zu einem internationalen Ostsee-Drehkreuz auszubauen und den im Wesentlichen militärisch genutzten Hafen Baltijsk (ehemals Pillau) stärker für den kommerziellen/touristischen Verkehr zu öffnen, auch um den Hafen in Kaliningrad zu entlasten.

